

## Politische Wochenschau.

Während die Reichshauptstadt und mit ihr das ganze Land in der verfloffenen Woche mit den Vorbereitungen emsig beschäftigt war, um die Feier der Silberhochzeit des Kronprinzlichen Paares würdig und freudig zu begehen, lief am Sonntag plötzlich die Nachricht durch das Land, daß der einzige bisher noch lebende Bruder des Kaisers, Prinz Carl, dessen Befinden allerdings seit lange zu Besorgnissen Anlaß gegeben, ohne daß man jedoch das Ableben so rasch erwartet hatte, nach kurzer Krankheit das Zeitliche gesegnet habe. Die Festlichkeiten zur Feier der Silberhochzeit sind daher natürlich abbestellt worden, und nachdem am Mittwoch das Leichenbegängniß des verstorbenen Prinzen stattgefunden, beschränkt sich die heutige Feier auf die Entgegennahme der Glückwünsche des königlichen Hauses und der eingetroffenen fürstlichen Gäste Seitens des Kronprinzlichen Paares.

Die Besserung in dem Befinden des Staatssecretärs des Innern, Ministers v. Boetticher, hat in der jüngsten Zeit so rasche Fortschritte gemacht, daß der hohe Beamte wahrscheinlich schon in allernächster Zeit einen Aufenthalt von einigen Wochen in der südlichen Schweiz nehmen und hoffentlich darauf in nicht langer Zeit zur Wiederaufnahme seiner amtlichen Thätigkeit nach Berlin zurückkehren wird.

Von beiden gegenwärtig in Berlin versammelten parlamentarischen Körperschaften hat in der verfloffenen Berichtswoche nur der Reichstag Sitzungen gehalten und vorzugsweise den von conservativer Seite eingebrachten Gesetzentwurf bezüglich einer procentualen Börsensteuer einer sehr eingehenden Debatte unterworfen und denselben alsdann einer besonderen Commission überwiesen. Die außerdem fortgesetzten Staatsberatungen gaben zu ebenso heftigen, wie vollständig unbegründeten und haltlosen Angriffen der Fortschrittspartei auf die Militärverwaltung und die Einrichtungen der Armee Anlaß, welche aber im Lande schwerlich Anklang finden werden, da gerade die Verwaltung und Organisation unseres Heeres in allen Kreisen der Bevölkerung mit Recht die höchste Anerkennung findet.

Während die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Serbien einen verhältnismäßig raschen Verlauf genommen und die Skupschtina den Vertrag ohne Debatte bereits genehmigt hat, ist der Verlauf der Verhandlungen hinsichtlich eines neu abzuschließenden Handelsvertrages mit Spanien bisher nur ein langsamer gewesen. Neuerdings wird aus Madrid gemeldet, daß die Berichterstattung der spanischen Zolldirection über die Angelegenheit den Cortes gegenüber vertagt worden ist.

Dagegen hat die zwischen der preussischen und der österreichischen Staats-Eisenbahnverwaltung schwebende Tariffrage insofern einen günstigeren Fortgang als bisher genommen, als die Konferenz der österreichischen Eisenbahnen beschlossen hat, die Zuschrift der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung dahin zu beantworten, daß die vorgelegten „Grundsätze“ als Basis weiterer Verhandlungen angenommen werden.

Aus dem gegenwärtig tagenden Landesausschuß für Elsaß-Lothringen ist gemeldet worden, daß von den 56 Abgeordneten 17 gegen den Abschluß der französischen Sprache Protest eingelegt, jedoch ihr Verbleiben im Landesausschuß erklärt haben. Daß es sich hierbei nicht etwa nur um ein Vorgehen solcher Mitglieder handelt, für welche die deutsche Sprache ein ungewohntes und daher ungeeignetes Medium des Ausdrucks ihrer Gedanken und Ansichten ist, geht daraus hervor, daß gleichzeitig ein Abgeordneter, welcher mehrere Jahre als erster Schriftführer fungirte und der deutschen Sprache vollkommen mächtig ist, seine Wiederwahl ablehnte, weil er sich nicht fähig fühle, das Protokoll in deutscher Sprache zu führen.

Das wiederholt von uns besprochene Manifest des Prinzen Napoleon hat zu einer Wiederbelebung bonapartistischer Einflüsse in Frankreich nicht beigetragen, der Regierung des Herrn Duclerc aber nichts desto weniger erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Die Regierung wünschte den Erlaß eines Gesetzes, welches die Herabsetzung der republikanischen Staatsform unter ausdrückliche Strafe stellte, und außerdem die Vollmacht, Abkömmlinge der früheren Herrscherfamilien ausweisen zu dürfen, wenn diese den öffentlichen Frieden störten. — Beide Vorschläge sind im Pariser Abgeordnetenhaus auf Widerspruch gestoßen. Der erstere wird von den oppositionellen Parteien der Rechten und der Linken als zu weit gehende Gefährdung der Pressefreiheit, der letztere von der Linken als nicht weit genug gehend bekämpft. Ein Theil der Linken verlangt die sofortige Ausweisung der Prinzen, ein anderer zum Mindesten die Entfernung derselben (und namentlich der Nachkommen König Ludwig Philipps) aus der Armee. Gegen diese Maßregeln hegt die Regierung die ernstesten Bedenken; zwei Mitglieder derselben, die Minister des Krieges und der Marine, wollen zurücktreten, wenn ihnen die Entlassung der Prinzen aus der Armee zugemuthet werden soll, und die Stellung des Justizministers

würde unhaltbar werden, wenn der erste der erwähnten Anträge zu Fall käme. Eine wesentliche Erschwerung der Lage ist dadurch eingetreten, daß man sich mit Befürchtungen vor einem royalistischen Staatsstreich trägt und daß Gerüchte von der Zusammenziehung für die königliche Sache heimlich geworbener Streitkräfte seit mehreren Tagen im Gange sind. Außerdem kommt in Betracht, daß der hervorragendste Vertreter des Hauses Orleans, der Herzog von Nemours, als Gegner des zwischen seinem Neffen, dem Grafen von Paris und dem Thronerben des alten Könighauses, dem Grafen von Chambord, getroffenen Abkommens innerhalb der gemäßigten republikanischen Partei sehr zahlreiche Freunde und Anhänger besitzt, die eine Ausschließung des Herzogs aus der Armee als Act der Feindseligkeit gegen ihre Partei ansehen würden. Der Kriegs- und der Marineminister neigen dieser Richtung zu und glauben außerdem zu wissen, daß eine gegen die orleanistischen Prinzen gerichtete Maßregel auf die Armee einen höchst ungünstigen Eindruck machen und bedenkliche Folgen nach sich ziehen könnte, weil mehrere dieser Prinzen sich einer gewissen Popularität erfreuen. Die nächsten Tage sollen eine Entscheidung über das Geschick des Ministeriums herbeiführen, dessen möglicher Rücktritt vielfach erörtert wird und die Pariser Börse so peinlich berührt hat, daß die französische Rente erheblich gefallen ist. Das am 10. Aug. v. J. ins Amt getretene Ministerium Duclerc ist bekanntlich das siebzehnte, welches seit dem Sturz des zweiten Kaiserreichs gebildet wurde.

In Wien ist gestern der aus Italien nach St. Petersburg zurückkehrende russische Minister des Auswärtigen Herr v. Giers eingetroffen und daselbst von mehreren in die österreichische Hauptstadt geeilten russischen Diplomaten empfangen worden. Am 25. d. Mts. sollte der Empfang bei Hof und eine Zusammenkunft zwischen Herrn v. Giers und dem Grafen Kalwocky stattfinden.

Aus St. Petersburg wird berichtet, daß der im Jahre 1881 mit der Leitung des Finanzwesens betraute Geheimrath v. Bunge seines vorgeschrittenen Alters wegen in den Ruhestand zu treten beabsichtigt; als Nachfolger dieses hochbetagten Staatsmannes wird sein Amtsvorgänger, der frühere Finanzminister und einstige Chef der Reichs-Controllen (Oberrechnungskammer) Abasa genannt. — Das wichtige Amt des Reichssecretärs (Sekretair des Reichsrath-Plenums) ist dem bisherigen Senator Polowzew übertragen, der bisherige Inhaber desselben Geheimrath Peres zum Mitgliede des Reichsraths ernannt worden. — Aus Mitau (Kurland) wird der Brand des dortigen (deutschen) Stadttheaters gemeldet.

In dem Anarchistenprozeß, welcher seit einiger Zeit in Lyon geführt wurde und die allgemeine Aufmerksamkeit fesselte, ist Ende voriger Woche das Urtheil gefällt worden. Der Gerichtshof hat in dem Erkenntniß das Vorhandensein eines Anarchistenbundes angenommen, der den Character einer Verbrüderung mit der Internationale habe. Die verhängten Strafen entbehren nicht einer der Sache entsprechenden Strenge und dürften geeignet sein, vor ähnlichen Unternehmungen der Anarchisten als wirksame Warnung zu dienen.

Auch in England ist man gegenüber den Gefahren, welche von der internationalen Umsturzpartei drohen, keineswegs gleichgültig. Der Staatssecretär des Krieges hielt in der vergangenen Woche in Manchester eine Rede, welche das Fenienthum in Irland mit den Umsturzverbindungen in dem übrigen Europa und in Nordamerika in Verbindung brachte und in welcher Lord Hartington erklärte, es sei nothwendig, die Behörden mit außerordentlichen Nachvollkommenheiten auszurüsten; was Irland beträfe, so sei die Regierung unbedingt entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die agrarischen Verbrechen einzuschreiten.

Dasselbe Mitglied des englischen Cabinets lenkte in einer anderen, in Blackburn gehaltenen Rede die Aufmerksamkeit auf die ägyptische Politik Englands. Er versicherte, England trage kein Verlangen, den bereits erworbenen politischen Einfluß zu vergrößern, sondern wolle sich vielmehr allen Mächten nützlich erweisen. Eine Annectirung des Nillandes läge durchaus nicht in den Absichten Englands und die Okkupation Aegyptens würde aufhören, sobald das Land wieder eine Regierung hätte, die für die Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse Garantie böte.

Aus Konstantinopel lief in voriger Woche die Nachricht ein, einige Cirkassier hätten den Sultan ermorden wollen, die Verschwörung sei jedoch rechtzeitig entdeckt worden. Dies Gerücht hat zwar keine Bestätigung gefunden und die türkische Botschaft in Wien hat dasselbe sogar entschieden dementirt und den bei der angeblichen Entdeckung der Verschwörung vorgekommenen blutigen Zusammenstoß zwischen Soldaten der Leibwache des Sultans und Cirkassiern auf unbedeutende Händel zurückgeführt. Immerhin lauten auch andere Nachrichten hinsichtlich der persönlichen Sicherheit des Sultans keineswegs sehr zuberichtlich, und der Palast des Sultans ist daher noch immer unzugänglich und soll mit verstärkten Wachmannschaften besetzt sein.